

Agenda 2016

Zukunft Der Versuch, Hunderttausende Flüchtlinge zu integrieren, hat begonnen. Was gelingt? Woran fehlt es? Was kostet es? Was bringt es? Wie kann es weitergehen? Einschätzungen, Erfahrungen und Ausblicke von Männern und Frauen, die sich diesen Fragen theoretisch und ganz praktisch in ihrem Alltag stellen.

Wieso bringen Sie deutschen Frauen das Schlagen bei, Herr Schürks?

SPIEGEL: Wie laufen die Geschäfte?

Schürks: Ich mache das seit acht Jahren, aber so eine starke Nachfrage wie in den Wochen nach Köln habe ich noch nicht erlebt. Silvester hat die Welt wirklich verändert.

SPIEGEL: Mit welchen Ängsten kommen die Frauen denn zu Ihnen?

Schürks: Angst vor Vergewaltigung und Verletzung. In Köln gab es viele solcher Situationen, wie immer, wenn viele Männer und wenige Frauen auf einem Haufen sind und Alkohol fließt. Das ist unabhängig davon, wo die Männer herkommen.

SPIEGEL: Was bringen Sie den Frauen bei?

Schürks: Hocheffektive körperliche Maßnahmen. Ich zeige ihnen, wie sie die verletzlichen Stellen treffen, egal, wie viel Muskelmasse der Täter hat.

SPIEGEL: Viele greifen zum Pfefferspray.

Schürks: Davon rate ich ab. Man schiebt die Waffe in der Tasche hin und her und beschäftigt sich so ständig mit Gewalt. Das vergiftet nur das Leben.

Michael Schürks, 54, gibt Notwehrseminare in Berlin.

Was müssen Einwanderer als Erstes wissen, Herr Boutaieb?

Slim Boutaieb hilft seinen arabischen Glaubensbrüdern in München, Deutschland zu verstehen. Der Tunesier kam 1992 ins Land. Auch er musste sich in der Fremde erst zurechtfinden. Nun will Boutaieb seine Erfahrung weitergeben. Sein Beitrag zur Integration ist 924 Kilobyte groß und 16 Seiten lang, eine Powerpoint-Präsentation auf Deutsch und Arabisch, ein Grundkurs „Weg zur Integration“, den er Flüchtlingen in den Unterkünften vorträgt.

Auf seiner Folie 7 geht es um Offenheit. Man müsse die neuen Menschen kennenlernen, Land und Leuten eine Chance geben. „Ich sage ihnen, dass sie vergessen sollen, was in ihrer Heimat gilt. Dass Deutschland anders ist“, sagt

Boutaieb.

Folie 9: Sprache. „Sprache ist die größte Blockade, wenn man in Kontakt mit Deutschen kommen will“, sagt Boutaieb. Er ermutigt die Leute, auch dann mit Einheimischen zu reden, wenn ihr Deutsch noch nicht gut ist. Folie 11: die deutsche, demokratische Kultur. Man müsse die Freiheit des Einzelnen respektieren, sagt er den Neuankömmlingen. Jeder hier dürfe seinen Glauben frei ausleben, trinken, feiern, Spaß haben. Gleichzeitig werde die Solidarität großgeschrieben. In Deutschland gelte: „Wenn einer in der Scheiße steckt, zieh ihn wieder raus.“

Folie 13: das Gesetz. Keine Korruption, Achtung der Menschenrechte, Gleichberechtigung der Frau. Boutaieb sagt seinen Zuhörern, dass in Deutschland auch der Mann manchmal kochen, saugen und putzen muss. Da lachen die Männer oft.

Slim Boutaieb, 47, bringt Zuwanderern in München deutsche Grundlagen bei.

Steigt die Kriminalität im Land, Herr Pfeiffer?

Seit Monaten breitet sich die Befürchtung aus, in Deutschland werde die Kriminalitätsrate steigen, die Sicherheit sei bedroht durch die vielen Fremden, die jetzt kommen. Was am rechten Rand Gewissheit ist, nennt Christian Pfeiffer, ehemaliger Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, „Stimmungsmache“. Er verweist auf Daten des Bundeskriminalamtes, erhoben zwischen Januar und September vergangenen Jahres. Sie zeigen, dass in absoluten Zahlen zwar mehr Delikte registriert werden, die Kriminalität im Verhältnis zur hohen Zahl der Zuwanderer aber deutlich unterproportional wächst.

Schon in den Neunzigerjahren, als Hunderttausende vor dem Bürgerkrieg in Jugoslawien nach Deutschland flüchteten, ließ Pfeiffer untersuchen, wie sich der Zustrom überwiegend muslimischer Migranten auf die Kriminalitätsrate auswirkt. Was er dabei feststellte, war, dass die Zuwanderer nicht etwa häufiger, sondern deutlich seltener zu Gewaltdelikten neigten als der Rest der Bevölkerung. „Wer eine Chance auf Asyl hatte, der tat alles, um seinen Status nicht zu gefährden, und das führte zu einer Anpassung an unsere Gesetze.“

Mit ähnlicher Zurückhaltung, sagt Pfeiffer, sei heute auch bei syrischen Kriegsflüchtlingen zu rechnen, die, im Gegensatz zu den straffällig gewordenen Nordafrikanern der Kölner Silvesternacht, eine echte Perspektive hätten, langfristig in Deutschland zu bleiben. Der Unterschied zu den Zuwanderern aus Jugoslawien sei, dass damals vor allem Familien kamen. Unter den Flüchtlingen aus Syrien befänden sich aber mindestens 400 000 junge, alleinstehende Männer, Menschen also, auf deren Konto in jedem Land und in jeder Gesellschaft die mit Abstand meisten Straftaten gingen.

„Ob wir in Zukunft sicher leben“, sagt Pfeiffer, „hängt davon ab, wie wir diesen oft Wütenden und Frustrierten aus einer Macho-Kultur unsere Regeln beibringen: dass Frauen keine Beute sind. Dass man Kinder nicht schlägt. Dass man auf Ehrverletzungen nicht mit Gewalt reagiert.“

Mehr Polizisten oder härtere Gesetze würden da nicht helfen, auch neue Abschieberegeln seien nur Ablenkungsmanöver. Die einzige Lösung, sagt Pfeiffer, bestehe darin, sich um diese Männer genauso zu kümmern wie um Kinder, Frauen und Familien.

Pfeiffer glaubt, diese Herausforderung sei trotz der hohen Zahl an Zuwanderern zu bewältigen. Auch von einer Überforderung der Polizei könne heute noch keine Rede sein. Kämen in diesem Jahr allerdings noch einmal genauso viele Flüchtlinge hinzu, „dann schaffen wir es nicht“.

Christian Pfeiffer, 71, ist Kriminologe.

Was lernen Einwanderer im Integrationskurs, Frau S.?

Sie spricht verärgert und leidenschaftlich und will anonym bleiben. Schon mehrere Jahre lang hat sie Integrationskurse für Migranten gegeben, 600 Stunden Deutsch, meistens plus 60 Stunden „Orientierung“: eine Woche Geschichte, eine Woche Politik, eine Woche Kultur und Alltag. Sie fragt: „Was kann man da schon lernen?“

Die Integrationskurse wurden 2005 eingeführt und richten sich bisher vor allem an Familiennachzügler oder Arbeitsmigranten. Seit Ende Oktober dürfen auch Asylbewerber einen Antrag auf Zulassung stellen. Ihnen wird laut Aufenthaltsgesetz

nun auch Zugang zu den Integrationskursen eingeräumt, allerdings nur, wenn „ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist“. Zurzeit sind das Syrer, Iraker, Iraker, Eritreer. Afghanen dagegen nicht. Sie haben kein Anrecht zu lernen, weder Deutsch noch Kultur, noch Alltag. So will es die Logik der Regierung in Berlin.

Um die Kurse für Flüchtlinge verpflichtend zu machen, wie die CSU es verlangt, müssten sie erst mal für alle ermöglicht werden. Die anonyme Kursleiterin sagt: „Es fehlt an allem. An Kursen, an Lehrern, an Plätzen, an Geld.“

Gelehrt wird, was das Curriculum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vorschreibt, aus den entsprechenden Büchern, die Kursleiterin sagt: „Schauen Sie rein. Finden Sie, das reicht?“

Ein Buch des Hueber Verlags: „Zur Orientierung – Basiswissen Deutschland“, 6. Auflage. Einführung Demokratie, Parteien, Bürgerrechte und -pflichten, Flagge, Wappen, Hymne, Nationalsozialismus und Stunde null, DDR samt Fünfjahresplan, EU. Dann: „Mensch und Gesellschaft“. Lebkuchen, Harz, Partnerschaften aller Art. Irgendwo wird erwähnt, dass Frauen gleichberechtigt sind – ein kurzer Satz.

S., 37, ist Integrationslehrerin in einer deutschen Großstadt.

Warum bringen Sie Flüchtlingen das Schwimmen bei, Herr Steingreber?

SPIEGEL: Wie können Sie Flüchtlinge in Ihrem Ort integrieren?

Steingreber: Ich habe gemerkt, dass es ein paar Stunden in der Woche gibt, in denen die Schwimmhalle frei ist. Daraufhin habe ich den Bürgermeister gefragt, ob es in Ordnung sei, wenn ich die Halle nutze, um Flüchtlingen in meiner Freizeit das Schwimmen beizubringen. Die meisten von ihnen sind mit dem Boot nach Europa gekommen, aber schwimmen konnte fast keiner. Der Bürgermeister sagte Ja.

SPIEGEL: Wie läuft's?

Steingreber: Ich glaube, gut. Es kommen jede Woche 16 Männer. Für die Flüchtlingskinder wird überall viel gemacht, aber für die Erwachsenen gibt es nicht so viele Angebote. Aber die müssen wir ja auch integrieren. Durch das Schwimmen lernt man die Männer kennen und sie uns.

SPIEGEL: Was läuft nicht so gut?

Steingreber: An sich gibt es hier nicht viele Probleme. Unsere Gemeinde liegt direkt an der dänischen Grenze, wir sind es gewohnt, dass man in unterschiedlichen Sprachen kommuniziert und verschiedene Traditionen pflegt.

SPIEGEL: Was könnte noch besser laufen?

Steingreber: Bisher kommen nur Männer in den Kurs. Die hatten am Anfang alle

Angst vor Wasser, aber die knacke ich langsam. Ich glaube, wenn sie Spaß haben, bringen sie auch irgendwann ihre Familien mit, das wäre toll.

Jürgen Steingreber, 53, ist Schwimmmeister aus Harrislee.

Braucht es bessere Beamte, Herr Jäger?

Im Hörsaal der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg malt Steffen Jäger 300 angehenden Verwaltungsfachangestellten des Landes Baden-Württemberg aus, was auf sie zukommt: Asylanträge, die im Eilverfahren bearbeitet werden müssen; Kosten, von denen noch niemand weiß, wer sie tragen soll. Besorgte, vielleicht auch aufgebracht Bürger, die von ihren Gemeindevertretern Lösungen verlangen, wenn sich noch mehr Menschen um einen Kindergartenplatz bewerben, um eine Wohnung, um Sozialleistungen.

„Es ist eine Herausforderung“, ruft Jäger, „die wir seit Bestehen der Bundesrepublik nicht hatten. Und Sie, meine Damen und Herren, werden mit dieser Aufgabe betraut.“ Die Beamten in spe reagieren verhalten. Was sie da vor allem heraushören: dass Arbeit auf sie zukommt. Viel Arbeit.

Jägers Veranstaltung hat den Titel „Die aktuelle Flüchtlingssituation und ihre Herausforderungen für die Kommunalpolitik“. Der Referent wurde in seiner Funktion als Beigeordneter des Gemeindetages eingeladen. Der Gemeindegang vertritt die Interessen von mehr als tausend Gemeinden in Baden-Württemberg. Genau dort, glaubt Jäger, in den Kommunen, werde entschieden, ob Deutschland es schafft. Oder eben nicht.

„Die Kommunalverwaltung ist der erste Ansprechpartner für die Asylberechtigten, die Helfer und für die Unternehmen, die Flüchtlinge einstellen wollen“, sagt Jäger. Der Verwaltungsapparat habe eine Scharnierfunktion. „Gerade knirscht es gewaltig“, sagt Jäger. Seine Leute arbeiten an der Belastungsgrenze. Sie seien zwar gewillt, die Aufgabe zu meistern. „Doch wir erwarten dringend Antworten von Bund und Ländern, wie das zu finanzieren ist.“

Jäger träumt davon, dass jedes Rathaus künftig einen ganz neuen Posten schafft: den Flüchtlingsmanager, der das verbindende Element zwischen Behörden, Schulen, Kindergärten, Ehrenamtlichen und Vereinen sein solle. Innerhalb der Verwaltung sollten Taskforces gegründet werden, bestehend aus den Leitern der unterschiedlichen Ämter, die kommunale Masterpläne erarbeiten. Bislang ist das Wunschdenken. Selbst ohne solche Stellen schätzt Jäger die Kosten für Flüchtlinge allein in Baden-Württemberg auf 4,7 Milliarden Euro.

Schaffen wir das? Jäger schweigt lange vor seiner Antwort: „Wenn alle jetzt auf Krisenmodus schalten, ja.“

Steffen Jäger, 37, ist Beigeordneter des Gemeindetages.

Warum haben Sie immer noch Heimweh, Herr Dr. Ballouz?

Der Arzt steht im Sprechzimmer und weint. Im Arm hält er ein syrisches Mädchen, acht Monate alt, er muss es impfen gegen Tetanus, Diphtherie, Polio, er pikst ihm in den kleinen Oberschenkel, es weint jetzt auch. Die Eltern, ein junges Paar aus Madaja, berichten von ihrer zerbombten Stadt, in der gerade die Kinder verhungern. Dann fragen sie den Doktor, wie sie hier leben sollen, zwischen den Fremden, die so aussehen wie ihre Plattenbauten, grau und verschlossen.

Die Antwort des Arztes ist immer dieselbe: Lernt Deutsch und habt Geduld. Er denkt dabei an seine eigene Flucht vor 40 Jahren. Ballouz kam aus dem vom Bürgerkrieg verwüsteten Beirut, mit 17, sein Vater hatte es befohlen. Es gab keine Willkommenskultur wie heute, niemand hatte auf ihn gewartet, er war damals noch einsamer als diese Familie aus Syrien. Sie küssen jetzt seine Hand, obwohl er das nicht mag. Für sie ist dieser Doktor Trost in der Fremde – für ihn sind sie das auch.

Doktor Amin Ballouz, aus dem Libanon, Mutter Muslimin, Vater Christ, hat in der DDR studiert und auf der ganzen Welt als Arzt gearbeitet. Seit sechs Jahren ist er Hausarzt in Schwedt/Oder an der polnischen Grenze, wo niemand hinziehen will, alle nur weg. Wo sich die Einwohnerzahl nach der Wende fast halbiert hat und die Zukunftsaussichten trüb sind.

Die Uckermarker finden, der Doktor sei „jut im piksen“ und ein lustiger Vogel, für die Asylbewerber ist Ballouz viel mehr: ihr Übersetzer, Richter und Schlichter, Seelsorger und Therapeut. Er sagt, für ihn seien diese paar Hundert Flüchtlinge wie süße Medizin gegen das Heimweh, sie versöhnen ihn mit seiner eigenen, glücklosen Jugend in Deutschland.

Amin Ballouz, 57, heilt Flüchtlinge und Alte in Schwedt/Oder an der Grenze zu Polen.

Was kommt auf das deutsche Gesundheitswesen zu?

Viele Flüchtlinge bedeuten auch: viele neue Patienten. Der öffentliche Gesundheitsdienst sucht fast überall nach Ärzten für die Erstversorgung, in einigen Bundesländern arbeiten auch Ärzte, die schon im Ruhestand waren, in Flüchtlingsheimen.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat versucht, die neue Lage in Zahlen zu übersetzen. Stimmt die Annahme, dass ein Migrant genauso oft ein Krankenhaus aufsuchen muss wie ein Einheimischer, dann



Wie tanzt man mit Nordafrikanern, Frau Feger?

Olga Feger teilt die Zeit ein in „vor Pegida“ und „nach Pegida“. Schon vor Pegida hat sie sich für Migranten eingesetzt und einen Theaterklub angeboten für junge „Dresdner und geflüchtete Dresdner“. „Nach Pegida“ fand sie, dass das nicht reiche. Mit Freunden eröffnete sie in der Neustadt das „Café International“, einen wöchentlichen Treffpunkt für Einheimische und Geflüchtete.

Jetzt leitet sie im Kleinen Haus des Staatsschauspiels Dresden jeden Montag einen Theaterworkshop. Da steht sie dann inmitten von 70 bis 80 Menschen, fordert sie auf, sich im Kreis aufzustellen, sich an den Händen zu fassen und sich anschließend so kompliziert miteinander zu verknoten, wie es geht, ohne die Hände loszulassen. Es ist eine bemerkenswerte Runde. Die Teilnehmer des Workshops sind zu 80 Prozent Migranten, alles junge Männer aus Syrien, Iran, Afghanistan, Nordafrika. Die Einheimischen, die kommen, sind fast ausschließlich Frauen, auch ein 13-jähriges Mädchen ist mit seiner Mutter dabei.

Olga Feger beobachtet, wie die Stimmung mit jeder neuen Übung gelöster wird. „Auffallend ist, dass durch diese Arbeit Aggressionen der Leute abgebaut werden können und sie zu mehr Selbstvertrauen finden“, sagt sie. Nach Silvester sah es kurz so aus, als müsste Feger eine neue Zeitrechnung aufmachen: „vor Köln“ und „nach Köln“. Denn als die sexuellen Übergriffe auf Frauen in den Schlagzeilen waren, blieben die Dresdnerinnen und auch die Nordafrikaner dem Workshop fern. Aber jetzt kommen sie wieder. Ärger hat es in ihrem Kurs noch nie gegeben.

Olga Feger, 36, Schauspielerin, bringt in Dresden Menschen zusammen.



würde dies bei einer Million Flüchtlingen pro Jahr rund 160 000 neue Krankheitsfälle bedeuten. Das klingt nach großen Herausforderungen. Allerdings deuten verschiedene Daten darauf hin, dass ein Asylbewerber durchschnittlich nur etwa die Hälfte jener Kosten verursacht, die auf einen deutschen Patienten entfallen; bei einer Million Migranten pro Jahr bedeutet das rechnerisch Mehrausgaben von 1,5 Milliarden Euro.

Im Verhältnis gesehen ist das nicht viel. Wer die Flüchtlingsfrage allein gesundheitsökonomisch betrachten möchte, kommt zu dem Schluss, dass die derzeitige Zuwanderung das deutsche Sozialsystem auf lange Sicht stützen wird. In traditionellen Einwanderungsländern wie Kanada, Australien oder den USA haben Wissenschaftler schon vor Jahren festgestellt, dass Migranten im Durchschnitt gesünder als die einheimische Bevölkerung sind. Was in diesen Kreisen „healthy immigrant effect“ genannt wird, bedeutet nichts anderes, als dass sich vor allem junge und gesunde Menschen auf den Weg in andere Länder machen.

Folgt man der Einschätzung von Fachleuten wie dem Ärztepräsidenten Frank Ulrich Montgomery, geht es nun aber erst einmal darum, Flüchtlinge genauso zu behandeln wie jeden anderen Patienten auch. Es geht also darum, dass Flüchtlinge nicht, wie das in vielen Kommunen üblich ist, erst einmal zum Sozialamt laufen müssen, wo sogenannte Behandlungsscheine ausgegeben werden. Und es geht darum, dass nicht nur akute Beschwerden behandelt werden, sondern auch chronische oder seelische Krankheiten.

Was erlebt man als Hebamme im Flüchtlingslager, Frau H.?

„Wenn ich versuchte, Schwangere an einen Frauenarzt zu vermitteln, musste ich manchmal 15 Praxen abtelefonieren, bis sich ein Arzt bereit erklärt hat, sie aufzunehmen. Natürlich gibt es viele engagierte Ärzte, mit denen ich toll zusammenarbeite, aber es gibt eben auch Praxen, die keine Flüchtlinge wollen, weil die Frauen oft noch nicht richtig versichert sind. Klar müssen die Ärzte an ihr Geld kommen, aber es muss doch Möglichkeiten geben, Flüchtlinge anders abzurechnen.“

Die Frauen waren immer total dankbar, wenn ich einmal die Woche zur Hebammensprechstunde in die Erstaufnahme kam. Außer mir gab es noch eine Kinderkrankenschwester und einen Kinderarzt, jeweils für vier bis fünf Stunden die Woche. Das reicht nicht, aber für mehr Stellen fehlte bisher das Geld. Dabei haben geflüchtete Schwangere ein höheres Risiko für Frühgeburten und Komplikationen: Sie waren auf der Flucht hohem Stress ausgesetzt, und die Babys sind im Mutterleib oft-

mals unterversorgt. Und der Stress für die hört ja im Camp in Deutschland nicht auf.

Es sind oft die langen bürokratischen Wege, die die Dinge erschweren. Als ich einmal Handschuhe und Desinfektionsmittel brauchte, wurde ich von einem Amt ans nächste verwiesen. Ich habe bis heute nicht herausgefunden, wer diese Mittel stellen muss. Am Ende habe ich die Sachen selbst gekauft.“

H., 32, ist Hebamme.

Wie sollen die Schulen das schaffen, Frau Bogedan?

325 000: So viele Flüchtlingskinder hat das deutsche Schulsystem in den Jahren 2014 und 2015 aufgenommen. Die derzeitige Präsidentin der Kultusministerkonferenz, die Bremer Schulsenatorin Claudia Bogedan, hat neuerdings mit Zahlen zu tun, „die wir so vorher nicht kannten“. Es sind Zahlen wie diese: 20 000 – so viele zusätzliche Lehrkräfte braucht Deutschland auf die Schnelle. Oder diese: 2,3 Milliarden Euro – so viel kosten die Lehrkräfte im Jahr. Wenn man sie denn findet. Es gibt derzeit kaum Lehrer auf dem Arbeitsmarkt. „Wir müssen verstärkt Seiteneinsteiger für den Schuldienst gewinnen“, sagt Claudia Bogedan. Großer Mangel herrscht auch an Pädagogen mit der Zusatzqualifikation „Deutsch als Fremdsprache“. Viele Länder bieten deshalb neuerdings in großem Stil passende Weiterbildungen an.

Denn „ohne Deutsch geht nichts“, wie Bogedan sagt. Deswegen erhalten die neu zugewanderten Grundschüler Förderstunden in Deutsch, die weiterführenden Schulen haben in den meisten Bundesländern neben dem Regelunterricht zusätzliche Klassen eingerichtet, die mal Willkommensklasse heißen, mal Internationale Vorbereitungsklasse, mal Produktionsklasse, oder auch, wie in Berlin: „Lerngruppe für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse“.

Im Vergleich dazu erscheint ein anderes Problem plötzlich klein: Die Kinder brauchen Platz. In großen Städten stellen viele Schulen in diesen Tagen Lerncontainer auf ihre Schulhöfe. „Auf dem Land ist die Lage besser“, sagt Bogedan: Dort werden nun Klassen oder ganze Schulen, die wegen Nachwuchsmangels eigentlich geschlossen werden sollten, neu eröffnet.

Claudia Bogedan, 40, ist Präsidentin der Kultusministerkonferenz.

Was wird in den Kindergärten benötigt, Herr Hensel?

„Damit Integration gelingt, brauchen wir Zeit – Zeit mit den Kindern, ihren Familien, je mehr, desto besser. Jede Stunde zählt. Jede nicht investierte Stunde werden wir in ein paar Jahren teuer bezahlen.“

Stefan Hensel, 36, ist Geschäftsführer von mehreren Kindergärten in Hamburg.

Wie haben Sie die Rütli-Schule umgedreht, Frau Heckmann?

Die Frau, die wissen muss, wie man Kinder integriert, sitzt am Ende eines Schulflures hinter einer grünen Metalltür. Auf dem Tisch stapeln sich Zeugnisse. 550 Schüler aus den Stufen 7 bis 13 warten auf ihre Noten, 92 Prozent von ihnen haben einen Migrationshintergrund, die meisten leben von staatlicher Hilfe. Ihre Eltern stammen aus der Türkei, dem Libanon, dem Irak, sind Roma, Kurden, Jesiden, Schiiten oder Sunniten. „Alle Probleme der Welt finden sich bei uns im Kleinen wieder“, sagt Cordula Heckmann, Leiterin des Rütli-Campus in Berlin.

Am Eingangstor steht, ganz in Schwarz, ein Sicherheitsmann wie ein Relikt aus Brandbriefzeiten, ansonsten erinnert wenig an die Schule, die 2006 berühmt wurde, weil Kinder Türen eingetreten hatten, ihre Lehrer mit Gegenständen beworfen, Knallkörper gezündet hatten. Damals wurde die Rütli-Schule zum Sinnbild gescheiterter Integration, heute gilt sie vielen als Zukunftsmodell. Wie schaffen Sie das, Cordula Heckmann?

„Wir haben die gleichen Schüler, aber sie haben jetzt andere Perspektiven“, sagt sie. Seit 2009 leitet Heckmann die heutige Gemeinschaftsschule, an der Kinder, von denen es niemand erwartet hätte, inzwischen Abitur machen, zwei Kitas gehören jetzt dazu, eine Grundstufe, die Volkshochschule bietet Türkisch- und Arabischkurse an, damit die Schüler nicht nur Deutsch, sondern auch ihre Muttersprache ordentlich lernen. „So können sie der doppelten Halbsprachlichkeit entkommen“, sagt Heckmann. Dann ist da der Gesundheitsdienst, bei dem die Eltern gleich die Vorsorgeuntersuchungen für ihre Kinder machen lassen können, und bald wird das Jugendamt eine Zweigstelle eröffnen.

Auch in Hinblick auf die vielen Flüchtlingskinder, die in Zukunft an deutschen Schulen lernen sollen, sagt sie: „Nur mit der nötigen Infrastruktur schaffen wir das.“ Gemeint sind Geld, Raum, Fortbildungen, Stellen. „Alle müssen zusammenarbeiten: Sozialpädagogen, Schulpsychiater, Sozialarbeiter, Polizei.“

Cordula Heckmann, 57, ist Schulleiterin des Rütli-Campus in Berlin-Neukölln.

Wie sieht die Stadt von morgen aus, Herr Friedrichs?

Die Einwanderer werden unsere Städte verändern. „Sie werden größer, dichter, und sie werden multikulturell umgekremelt, darauf müssen wir uns einstellen“, sagt Jürgen Friedrichs, emeritierter Professor für Stadtsoziologie der Universität zu Köln. „Es wird mehr Moscheen geben und mehr Spezialitätenrestaurants, die

eine Stadt bereichern und weltläufiger machen. In den Großstädten werden ethnische Viertel entstehen. Die Vorstellung, dass in unseren Städten 95 Prozent Deutsche leben, wird sich auflösen. Es könnte in der Zukunft aber auch ein Problem mit No-go-Areas geben. Vieles hängt davon ab, wie wir die Flüchtlinge jetzt unterbringen.“

Friedrichs forschte zu Gentrifizierung, sozialer Ungleichheit und städtischen Armutsgebieten, zur Ausgrenzung und Integration von Migranten. Er sagt, der hohe Handlungsdruck führe dazu, dass die Städte sich bei der Unterbringung von Flüchtlingen für Lösungen entschieden, „von denen wir wissen, dass sie falsch sind“.

Er meint die Großsiedlungen aus Containern und die Unterkünfte in Modulbauweise für 700, 1500, 3000 Flüchtlinge, die überall an die Stadtränder gesetzt werden.

Großsiedlungen sind diskriminierend, auch, wenn dort Deutsche wohnen: Köln-Chorweiler, München-Hasenberg, Hamburg-Mümmelmannsberg, „man sieht sofort, hier wohnt die Unterschicht“. Migranten, die in solchen Vierteln untergebracht werden, „in Flüchtlingsenklaven“, wie Friedrichs sagt, haben zu wenig Kontakt zu Deutschen, sie müssen die Sprache nicht lernen, sich nicht anpassen. „Integration kann unter diesen Umständen nicht funktionieren.“

Friedrichs plädiert dafür, Flüchtlinge in kleinen Einheiten über das gesamte Stadtgebiet zu verteilen. Nie mehr als 200 in einem Wohngebiet, und wenn, dann dort, wo die Mittelschicht zu Hause ist, weil dort die Toleranz am größten sei.

Friedrichs war nach der Wiedervereinigung Mitglied der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Er untersuchte damals, wie die Wende Leipzig, Erfurt und Chemnitz veränderte. Vor einem halben Jahr wandte Friedrichs sich an den Bundesinnenminister, er schlug Thomas de Maizière vor, so etwas Ähnliches jetzt wieder zu machen, systematisch zu erforschen, wie die Unterbringung von Flüchtlingen die Integration beeinflusst. „Man hätte schwarz auf weiß gehabt: So funktioniert es, und so funktioniert es nicht.“ De Maizière habe abgelehnt.

Jürgen Friedrichs, 77, ist Stadtsoziologe in Köln.

Wie kriegen alle ein Dach über den Kopf, Herr Hildebrand?

„Es gibt 80 Millionen Einwohner in Deutschland und eine Million Flüchtlinge. Also ein Flüchtling pro 80 Personen. Das entspricht ziemlich genau dem Verhältnis, das wir im Moment im Amt Pinnau haben. Es gibt hier 160 Flüchtlinge und 13 000 Einwohner. Am Anfang war es das pure Chaos. Da standen die plötzlich bei uns auf der Matte. Wir mussten Pensionen anmieten, damit niemand auf der Straße schläft.“



MORITZ GERLACH / DER SPIEGEL

Wie läuft Ihr Alltag im Flüchtlingslager, Hauptkommissar Banduhn?

SPIEGEL: Wo sind wir hier?

Banduhn: In der Polizeistation einer Erstaufnahmeeinrichtung in Kiel. Wir haben hier einen etwas anderen Weg beschritten als andere Länder. Die Polizei ist in die Unterkünfte integriert. Das macht kein anderes Bundesland so. Aber es bringt echt was. Wir sind direkt am Geschehen und ständig vor Ort.

SPIEGEL: Man hört ja viele Geschichten jetzt, von dauernden Polizeieinsätzen in den Unterkünften.

Banduhn: Kann ich nicht bestätigen. Das liegt wohl daran, dass die anderen Länder es mit der klassischen Reaktionspolizei machen, die nur vorbeikommt, wenn's brennt. So kriegen die den Alltag nicht mit. Der ist in der Regel friedlich.

SPIEGEL: Wie sehen Ihre Aufgaben aus?

Banduhn: Wir sorgen für den Schutz der Bewohner. Das habe ich mir deutlich arbeitsintensiver vorgestellt. Sowohl was die Kriminalität hier drinnen angeht als auch die Bedrohung von außen. Die hatten wir bisher gar nicht. Wir machen hier nicht nur klassische Polizeiarbeit, sondern leben nach dem „Freund und Helfer“-Prinzip. Da hilft man auch mal in der Küche mit aus.

SPIEGEL: Was haben Sie vorher gemacht?

Banduhn: Schichtdienst. Und dann eine kleine Station in einem Stadtteil geleitet.

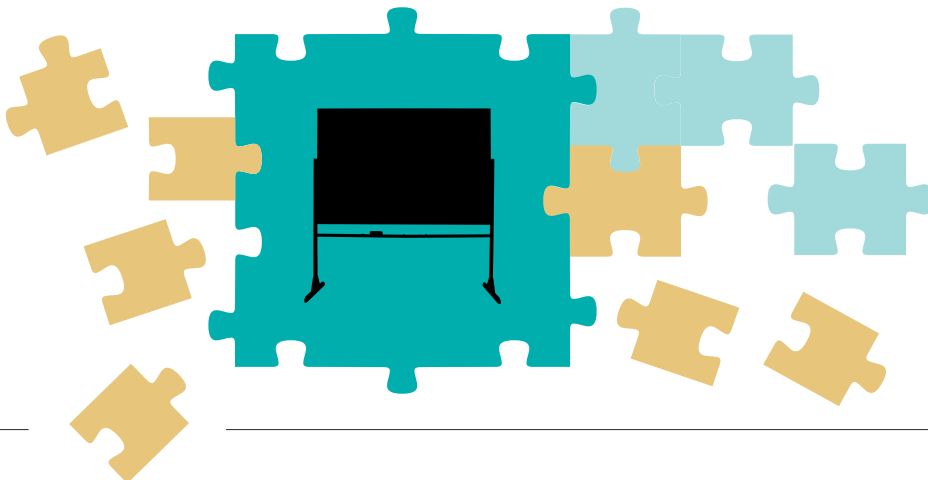
SPIEGEL: Abkommandiert worden oder freiwillig gemeldet?

Banduhn: Ich wurde gefragt. Dann habe ich zwei Nächte drüber geschlafen und Ja gesagt. Bisher hab ich's nicht bereut. Es ist für mich verhältnismäßig egal, ob ich im normalen Streifendienst zu einer Diskothek fahre, weil sich jemand mit dem Türsteher angelegt hat, oder ob sich hier zwei Flüchtlinge beim Schlangestehen in die Haare geraten. Das klären wir aber meist durch die reine Präsenz der Uniform.

SPIEGEL: Wo kommen die vielen Polizisten für diese Stellen her?

Banduhn: Natürlich wird dafür andernorts gespart. Es gibt Bereiche, die wir weniger bedienen, man könnte sagen: vernachlässigen. Das sind unter anderem Geschwindigkeitskontrollen.

Hauptkommissar Marc Banduhn, 43, sorgt für den Schutz von Flüchtlingen in Kiel.



Bis jetzt haben wir es geschafft, alle Flüchtlinge auf privat angemietetem Wohnraum unterzubringen. Der Leerstand ist knapp im Umland von Hamburg, und wir konkurrieren als Mitbieter auf dem lokalen Wohnungsmarkt, den wir dauerhaft scannen. Schwierige Sache! Niemand ist gezwungen, an uns zu vermieten.

Nächste Woche kommen 17 Personen, und auch die kriegen wir untergebracht – in dem Gebäude einer alten Baumschule. Die renovieren wir gerade in Trockenbauweise. Man muss jetzt improvisieren.

Vom Landrat kam die Empfehlung, bei Bedarf auch Turnhallen zu nutzen. Aber das mache ich nicht. Sonst laufe ich Gefahr, die Bürgerinnen und Bürger nicht mitzunehmen. Sie dürfen nicht sauer werden, weil Turnhallen durch Flüchtlinge besetzt sind. Ich will nicht, dass der Bürger zornig wird. Ich will auch keine Zeltstadt auf dem Parkplatz. Das muss anders gehen.

Mein Problem ist, dass wir nicht wissen, wie lang das noch so weitergeht. Wenn ich eine Straße bauen lasse, dann weiß ich, die ist in zwei Jahren fertig. Bei den Flüchtlingen weiß ich gar nichts, open end, keine Planungssicherheit.“

Günther Hildebrand, 66, ist Vorsteher des Amtes Pinnau bei Hamburg.

Was weiß das Bamf, Frau Worbs?

1,09 Millionen Asylsuchende hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) im vergangenen Jahr in seinem Computersystem „Easy“ registriert, „eine große Herausforderung“, sagt Susanne Worbs. Etwa zwei Drittel der Flüchtlinge kamen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak, rund 13 Prozent vom Westbalkan, der Rest aus Ländern wie Iran, Pakistan, Eritrea, Algerien, Somalia oder Marokko. Der typische Flüchtling 2015 war männlich, Muslim und unter dreißig.

Susanne Worbs und ihre Kollegen haben rund 2800 Flüchtlinge befragt, deren Asylantrag in den letzten Jahren anerkannt wurde. 76 Prozent der Syrer wollen für immer in Deutschland bleiben, bei den Irakern sind es 88 Prozent. Sie wollen sich einbringen, nicht von Sozialleistungen leben, sondern sich und ihre Familie selbst ernähren, Deutschland etwas zurückgeben. „Die Motivation der Flüchtlinge ist enorm“, sagt Worbs.

Susanne Worbs, 42, ist Wissenschaftlerin am Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg.

Was wird das alles kosten, Herr Lücke?

25,7 Milliarden Euro. Das ist die Zahl für dieses Jahr. Eine Art Preisschild. So viel muss Deutschland 2016 aufbringen, wenn weiterhin so viele Flüchtlinge kommen wie

bisher: für Unterkünfte und Sprachkurse, für Sozialleistungen, für Integration.

Matthias Lücke, Ökonom am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, hat die Kosten durchgerechnet. Es ist eine Simulation, eine Rechnung mit vielen Unbekannten. Lücke forscht unter anderem zu den Themen „Internationale Arbeitsmigration“ und „Globalisierung und Einkommensverteilung“, ihn interessiert, was grundsätzlich passiert, wenn Migranten kommen. Nutzt das? Schadet das?

Die Deutschen wollen Zahlen, das wird gerade wieder deutlich: Kosten, Kontingente, Obergrenzen. Sie wollen wissen, was kommt. Zahlen geben die Illusion, eine Lage im Griff zu haben. Bundeskanzlerin Merkel hat es auch deshalb schwer, weil sie sich weigert, Zahlen zu nennen.

„25,7 Milliarden“ also lautet Lückes Antwort auf die Frage, wie teuer die Deutschen ihre Hilfsbereitschaft kommt, gesamtwirtschaftlich betrachtet – und das allein in diesem Jahr. Für das Jahr 2022 kommt Lücke gar auf einen Betrag von 55 Milliarden Euro. Das sind große Zahlen, kein Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland hat größere. Der Freiburger Wissenschaftler Bernd Raffelhüschen errechnet 17 Milliarden, das Münchner ifo-Institut schätzt die Kosten (für 2015) auf 21 Milliarden, das Mannheimer ZEW kalkuliert mit 30 Milliarden Euro.

Lückes Rechnungen gehen so: 2016 kommen, wenn die Prognosen eintreffen, 1,4 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland, rund 400 000 mehr als 2015, dabei ist der Familiennachzug berücksichtigt. 2017 werden 1,2 Millionen Menschen ankommen, von 2018 bis 2020 sinkt die Zahl in Lückes Szenario auf eine Million pro Jahr und bleibt dann konstant.

Rund 13 000 Euro kostet es pro Jahr, einen Flüchtling zu unterstützen, sagt Lücke. Er berücksichtigt nicht nur Geldleistungen, sondern auch die Verwaltungskosten des BAMF, Kosten für Deutschkurse, Verwaltungskosten der Kommunen und Länder.

Entscheidend ist die Bleibequote. Rund 30 Prozent der Flüchtlinge kehren innerhalb von drei Jahren in ihre Heimat zurück. 20 Prozent erlangen den Rechtsstatus „Geduldet“. Nach zwei Jahren bekommen von den ursprünglich angekommenen Flüchtlingen noch 68 Prozent staatliche Leistungen, der Anteil sinkt nach fünf Jahren auf 33,5 Prozent und nach zehn Jahren auf 17,5 Prozent.

Für 2017 kommt Lücke so auf Gesamtkosten von 37,4 Milliarden und für 2022 auf besagte 55 Milliarden Euro. Das wären knapp zwei Prozent vom heutigen deutschen Bruttoinlandsprodukt. Die 25,7 Milliarden für das laufende Jahr sind 0,85 Prozent des BIP. Lücke hält das für „beherrschbar“, gemessen an dem, was Deutsch-

land nach der Wiedervereinigung geleistet hat.

Matthias Lücke, 55, ist Professor am Institut für Weltwirtschaft in Kiel.

Reicht Ihre Macht, Frau Özoguz?

„Wir brauchen in Deutschland ein Ministerium für Einwanderungsfragen. Ich bin ja nicht Chefin eines Ressorts, sondern habe nur einen kleinen Arbeitsstab. Das halte ich für einen Kardinalfehler. Die Integration von Migranten wird für viele Jahre eine zentrale gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleiben. Vieles muss sich ändern und neu geregelt werden. Eine ‚Beauftragte‘ kann aber keine Gesetze auf den Weg bringen. Und sie kann auch die vielen Initiativen, die es ja gibt, nicht bündeln.“

Aydan Özoguz, 48, ist Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Wie viele kommen noch, Herr Brücker?

SPIEGEL: Wie viele Flüchtlinge erwarten Sie dieses Jahr?

Brücker: Ob die Zuwanderung weiter so hoch bleibt, hängt von der Situation in den Heimatstaaten, den Transitländern und natürlich der deutschen und europäischen Politik ab. Das kann niemand genau prognostizieren. Aber: Brutto ist nicht netto. Wahrscheinlich leben von den 1,1 Millionen Flüchtlingen, die 2015 in Deutschland erfasst wurden, nur noch 800 000 Personen hier.

SPIEGEL: Wie steht es um die Bildung der Flüchtlinge?

Brücker: Wir wissen noch nicht viel. Jedenfalls trifft weder die Erzählung von den vielen syrischen Ärzten noch die Mär vom Heer der Analphabeten zu. Die Bildungsstruktur ist polarisiert, es kommen überdurchschnittlich viele gut gebildete und schlecht gebildete Menschen. Etwa 35 Prozent der registrierten Asylbewerber haben ein Gymnasium oder eine Universität besucht, etwa ein Viertel nur die Grundschule oder gar keine Schule.

SPIEGEL: Ist es korrekt, dass vor allem junge Männer kommen?

Brücker: Ja. Zwei Drittel sind männlich, aus den Kriegs- und Bürgerkriegsländern rund 70 Prozent. Das liegt daran, dass die Fluchtwege aus diesen Ländern viel riskanter sind. 26 Prozent der Asylbewerber sind 15 Jahre und jünger, knapp 30 Prozent zwischen 16 und 24 Jahre alt.

SPIEGEL: Schaffen wir das?

Brücker: Das ist aus volkswirtschaftlicher Perspektive nicht die Frage: Migration kann besser oder schlechter wirken, aber Volkswirtschaften kennen keine Obergrenzen. Nicht die hohe Zahl von Zuwanderern oder die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes ist das Problem, sondern eine staatliche Infrastruktur, die gegenwärtig

diese Zahl nicht bewältigen kann. Investitionen in diese Infrastruktur und in den Wohnungsmarkt sind die Voraussetzung, dass wir die Flüchtlingsmigration gut bewältigen können.

SPIEGEL: Wird es mehr Arbeitslose geben?

Brücker: Zunächst ja. Wir rechnen damit, dass das Arbeitsangebot der Flüchtlinge 2016 im Jahresdurchschnitt um 380 000 Personen, die Zahl der arbeitslosen Flüchtlinge um etwa 130 000 Personen steigt. Langfristig hängt die Erwerbsbeteiligung von unserer Integrationspolitik ab. In der Vergangenheit hatte im Zuzugsjahr nur knapp ein Zehntel, aber nach fünf Jahren rund die Hälfte der Flüchtlinge einen Job.

SPIEGEL: Werden deutsche Arbeitnehmer verdrängt?

Brücker: Nein. Volkswirtschaften sind dynamische Systeme. In den vergangenen fünf Jahren entstanden in Deutschland rund 1,1 Millionen neue Beschäftigungsverhältnisse von Ausländern, vor allem in Branchen wie der Gastronomie, der Landwirtschaft und der häuslichen Pflege. Bereiche, wo niemand vor der Zuwanderung ein so großes Wachstum erwartet hatte. Wenn jemand durch die Flüchtlingsmigration im Arbeitsmarkt verliert, dann sind es andere Migranten. Die deutschen Arbeitnehmer werden gewinnen. Nicht nur, weil sie nicht mit den Flüchtlingen in den gleichen Arbeitsmarktsegmenten konkurrieren. Sie profitieren auch von den staatlichen Ausgabeprogrammen.

SPIEGEL: Ist diese Zuwanderung insgesamt begrüßenswert? Oder ginge es uns besser ohne?

Brücker: Eine offene Volkswirtschaft ist ohne Zuwanderung nicht vorstellbar. Wir bräuchten eine Zunahme von 500 000 Menschen jährlich, um das Arbeitsangebot in Deutschland bis Jahr 2050 stabil zu halten. Damit können wir die Folgen des demografischen Wandels zwar nicht völlig kompensieren, aber wahrscheinlich abmildern.

Herbert Brücker, 55, ist Migrationsexperte am Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Findet BMW syrische Ingenieure, Frau Jürgens?

„Die Idee entstand im vergangenen September: Als Unternehmen sehen wir uns auch in einer gesellschaftlichen Verantwortung. Deshalb wollen wir 500 Flüchtlingen helfen, sich mit der deutschen Arbeitswelt vertraut zu machen und dabei mit 50 von ihnen starten. Es war allerdings schwierig, genügend Teilnehmer zu finden für die 50 Plätze. Eine der Voraussetzungen waren ausreichende Deutschkenntnisse, aber die hatten nur wenige. Am Ende kamen 31 Männer und 3 Frauen in die Münchner Konzernzentrale – 34 beruflich qualifizierte Flüchtlinge, von denen jetzt, Mitte Januar, noch 27 übrig sind. Am

16. November begann das Programm mit einem zweitägigen Crashkurs ‚Leben und Arbeiten in Deutschland‘. Was ist uns Deutschen wichtig? Welche Kleidung ist angemessen? Wie begegnen wir Frauen? Wie begrüßt man sich? Und wie benimmt man sich in der Kantine? Warum trennen wir Müll? Im Anschluss daran beginnt die Berufspraxis in verschiedensten Fachabteilungen. Wer sich dort bewährt, könnte sich bei uns um ein Praktikum oder auf offene Stellen bewerben.

Wir mussten schnell feststellen, dass das Bildungsniveau von vielen nicht ausreicht. Manche haben eine handwerkliche Ausbildung gemacht, wenige haben BWL oder IT studiert, wobei IT in den Herkunftsländern nicht unbedingt dasselbe ist wie hier. Ich habe aber bei allen eine hohe Motivation gesehen, in Arbeit zu kommen.

Am Anfang haben wir den Teilnehmern erklären müssen, dass es in Deutschland nicht ausreicht, den Bruder zu schicken, wenn man selbst nicht kommen kann. Dass die Ausrede ‚Bus fuhr nicht‘ nicht funktioniert, weil Busse in Deutschland fast immer fahren – und dass man, wenn man in den Fahrplan kein Vertrauen hat, halt einen früheren Bus nehmen muss.

Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan kommen aus einer beziehungsorientierten Kultur, sie haben Probleme, sich in einer sachorientierten Kultur wie der deutschen zurechtzufinden. Sie müssen etwa lernen, dass es unüblich ist, die Vorgesetzte gleich beim ersten Gespräch nach ihrem Alter zu fragen oder nach ihrem Beziehungsstatus.“

Inga Jürgens, 47, ist Leiterin Personalstrategie bei der BMW Group und Programmleiterin „WORK HERE!“-Praxistraining.

Was genau kann ein Saftlieferant, Frau Lotzkat?

Was ist ein Petroleumtechniker? „Ist das nun ein Fachmann für Ölförderanlagen oder eher ein Tankwart?“, fragt Petra Lotzkat, Leiterin des Amtes für Arbeit und Integration in Hamburg. Neben Malern und IT-Leuten, so ergaben Befragungen, gibt es unter den Flüchtlingen auch schwerer fassbare Kompetenzen wie „selbstständiger Saftlieferant“, „Korrosionsingenieur“ oder „diplomierter Viehwirt“.

Lotzkat verantwortet das Hamburger Programm W.I.R., was für „work and integration for refugees“ steht. Seit Oktober 2015 hat W.I.R. rund 700 sogenannte Vorscreenings durchgeführt, bis Ende 2016 sollen es 10 000 sein. „Wir wollen zwei Dinge wissen. Erstens: Was bringen die Leute mit? Zweitens: Was gibt der Markt her? Und dann versuchen wir, das zusammenzuführen.“ Es gibt rund 15 000 gemeldete offene Stellen in Hamburg.

Bevor die vielen Flüchtlinge kamen, sagt Lotzkat, habe eher der Grundsatz gegolten: „Wenn kein anerkannter Abschluss

Wie macht sich Ihr afrikanischer Jungkoch, Herr Winkler?

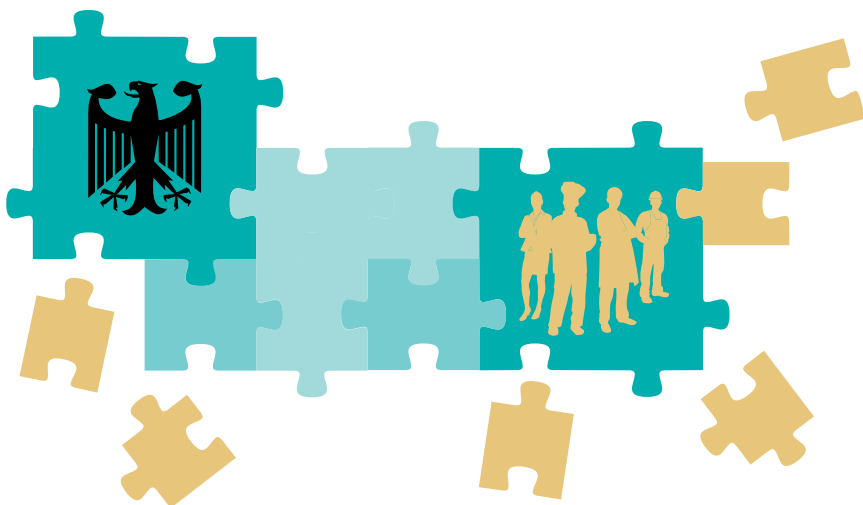


„Im letzten Frühjahr habe ich gezielt nach Flüchtlingen gesucht, um ihnen eine Ausbildung zum Koch zu ermöglichen. Fünf Interessierte haben wir zum Praktikum eingeladen. Für jeden von denen haben wir eine Arbeiterlaubnis beantragen müssen. Wissen Sie, was das für ein Aufwand ist?

Einen haben wir behalten. Er heißt Hagie Foday Jaiteh Kabba und kommt aus Sierra Leone. In der Küche heißt er nur Hagie. Ich bin begeistert vom Hagie. Was der für ein Engagement hat und ein Niveau und eine Kraft! Der ist bereits ein vollwertiges Mitglied der Küchenmannschaft, der spült kein Geschirr!

In der Gastronomie sind Tausende Stellen unbesetzt. Es gibt bestimmt jede Menge Flüchtlinge, die diese Stellen haben möchten. Warum kriegen wir die Leute nicht? Weil die ganzen kleinen Betriebe keine Zeit haben für den aufwendigen Papierkram. Also wegen der deutschen Bürokratie.“

Heinz Winkler, Sternekoch im Luxushotel Residenz Heinz Winkler in Aschau am Chiemsee, bildet Flüchtlinge aus.



vorliegt, gibt es keine berufliche Verwertung.“ Inzwischen denkt man pragmatischer: „Heute fragen wir nicht mehr: Was bist du? Sondern: Was kannst du?“

Das führt manchmal zu überraschenden Lösungen. Lotzkat erzählt ein Beispiel: Ein kriegsverletzter Afghane wollte sich im Hamburger Sanitätshaus Stolle seine Beinprothese anpassen lassen. Dabei stellte sich heraus, dass er Sanitätstechniker ist. Er versuchte, ein Praktikum bei Stolle zu bekommen, doch der Mann lag mit seinem technischen Wissen um 25 Jahre zurück. Nun besitzen aber viele ältere Leute alte Prothesen, mit denen wiederum heutige Sanitätstechniker nicht mehr umgehen können. Der Mann aus Afghanistan kann es. Stolle hat ihn eingestellt.

Schaffen wir das? „Ja“, sagt Petra Lotzkat. „Die Experten sagen uns seit vielen Jahren, dass wir eine Nettozuwanderung von mehreren Hunderttausend Menschen pro Jahr brauchen, damit Deutschland fit bleibt für die Zukunft. Jetzt kommen die Leute. Diese Chance dürfen wir nicht verpassen.“

Petra Lotzkat, 55, ist Leiterin des Amtes für Arbeit und Integration in Hamburg.

Moritz Aisslinger, Uwe Buse, Markus Dettmer, Anke Dürr, Fiona Ehlers, Ullrich Fichtner, Moritz Gerlach, Matthias Geyer, Özlem Gezer, Hauke Goos, Maik Großekathöfer, Guido Mingels, Dialika Neufeld, Miriam Olbrisch, Christian Reiermann, Cornelia Schmergal, Barbara Supp, Wolf Wiedmann-Schmid, Takis Würger